

Ethnische Bedrohung? Einstellungen gegenüber Flüchtlingen in zwei Wohngebieten Hamburgs

Jürgen Friedrichs (†), Felix Leßke, Vera Schwarzenberg

1. Problem der Integrations- und Zuwanderungspolitik in Deutschland

Seit 2012 erlebten die europäischen Länder einen wachsenden Zustrom von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika. Insgesamt stieg die Zahl an neu-registrierten Flüchtlingen auf maximal 1.091.894 im Jahr 2015 und sank dann wieder auf 186.644 im Jahr 2017 (vgl. Statista, 2019, S. 31). Ebenso stieg die Anzahl der gestellten Asylanträge rasant an, bevor auch hier die Antragszahlen wieder deutlich zurückgingen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Asylanträge 2010-2018

2010	48.509
2011	53.347
2012	77.651
2013	127.023
2014	202.834
2015	476.649
2016	745.545
2017	222.683
2018	185.853

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2018

Wie in anderen europäischen Ländern wurde der steigende Zuzug sowie auch die »Welcome Policy« von Bundeskanzlerin Angela Merkel (»Wir schaffen das!«) von Teilen der deutschen Bevölkerung und Parteien zunehmend abgelehnt. Die-

se Spannungslinie verließ sogar zentral durch die große Koalition. So forderte der CSU-Vorsitzende eine Obergrenze für die Anzahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen. Kanzlerin Merkel stellte sich jedoch vehement gegen eine solche Regelung. Erst nach dem Wahlkampf und der Wahl des bayerischen Landtags im Oktober 2018 wurde diese Diskussion durch einen Kompromiss beendet.

Ein grundlegendes Defizit erschwerte die Debatte darüber, wie viele Flüchtlinge (aus welchen Ländern?) ins Land kommen dürfen: In Deutschland gibt es kein Einwanderungsgesetz. Obwohl seit den 1950er Jahren »Gastarbeiter_innen« nach Deutschland kamen (und blieben), später Spätaussiedler_innen und in den 1990er Jahren Flüchtlinge aus dem Balkankrieg, weigerte sich die deutsche Politik – gegen viele Diskussionen – zu akzeptieren, dass Deutschland ein Einwanderungsland wurde. Keine deutsche Regierung hat das Problem eines Einwanderungsgesetzes aufgegriffen (vgl. Friedrichs, Leßke & Schwarzenberg, 2019).

Das Defizit bleibt bestehen, denn auch das vom Deutschen Bundestag im Juli 2016 beschlossene »Integrationsgesetz« ersetzt kein Einwanderungsgesetz. Für Asylbewerber_innen gelten zunächst die Bestimmungen des Innenministeriums und des BAMF. Insbesondere das BAMF war der Anzahl der Asylanträge spätestens ab dem »Sommer der Migration« 2015 nicht gewachsen, in der Folge und aufgrund nicht eindeutiger Gesetzesvorgaben (wann erhält ein Flüchtling Schutz nach GG, wann nach Genfer Flüchtlingskonvention, wann subsidiären Schutz?) kam es zu unterschiedlichen Entscheidungen bei ähnlichen Asylanträgen (vgl. dazu ausführlich Friedrichs u.a., 2019, S. 12-17). Zunächst erhielten syrische Flüchtlinge drei Jahre lang Asyl, seit 2015 erhalten syrische Flüchtlinge zunehmend den subsidiären Schutz, für zunächst nur ein Jahr. Ursprünglich hatten Flüchtlinge das Recht, ihre Familien nach Deutschland kommen zu lassen (»Familiennachzug«), doch im August 2016 wurde dieses Recht für subsidiär Geschützte zwei Jahre ausgesetzt. Flüchtlinge aus Afghanistan werden nach »sicheren« oder »unsicheren« Herkunftsregionen differenziert, während denen, die aus »sicheren« Regionen kamen, kein Asyl gewährt wurde; dabei variiert die Definition der »sicheren Regionen« kontinuierlich. Ähnliche Regelungen finden sich in anderen europäischen Ländern, z.B. Norwegen, der Schweiz und den Niederlanden.

Im Gegensatz zu den tendenziell zunehmenden negativen Stimmen im medialen und öffentlichen Diskurs wurde durch die Begrüßungskampagnen und die Worte »Wir schaffen das!« von Bundeskanzlerin Merkel eine enorme Anzahl von Unterstützer_innen gewonnen. Zahlreiche Deutsche arbeiten ehrenamtlich in Regierungsstellen, Wohlfahrtsverbänden, alten und neuen gemeinnützigen Organisationen, die Migrant_innen und nun Flüchtlinge unterstützen.¹ Zu Spitzen-

¹ Flüchtlinge sind Migrant_innen, aber in einem bestimmten Sinne. Der begrifflichen Klarheit halber weisen wir auf eine von der OECD vorgeschlagene Differenzierung in vier Gruppen hin. Ein_e Migrant_in ist eine Person, »that moves to a country other of his/her residence for a period of

zeiten lag der Anteil der Deutschen, die freiwillig bzw. ehrenamtlich im Bereich der Flüchtlingshilfe tätig waren, bei fast 10 % der Gesamtbevölkerung (vgl. Ahrens, 2017, S. 16; Jacobsen, Eisnecker & Schupp, 2017). Um ein Beispiel für Hamburg zu nennen: Die Hamburger Anstalt öffentlichen Rechts »fördern & wohnen«, die für alle Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg zuständig ist, zählte allein im Juli 2017 4.080 Freiwillige. Im Jahr 2018 waren davon noch ca. 3.100 Ehrenamtliche tätig. Ohne diese Freiwilligen würden viele Programme zur Integration der Flüchtlinge zusammenbrechen.

2. Einstellungen gegenüber Islam und Flüchtlingen

Schätzungen zufolge leben 4,4 bis 4,7 Millionen Muslim_innen in Deutschland. Wir gehen davon aus, dass Einstellungen gegenüber Muslim_innen (und dem Islam) Hinweise auf die Einstellung gegenüber Flüchtlingen geben, da die Mehrheit der Flüchtlinge Muslim_innen sind. Dafür sprechen drei Gründe.

Erstens gibt es einen langen Trend zu Vorurteilen gegen Muslim_innen und den Islam. In der zehnjährigen Querschnittsstudie »Deutsche Verhältnisse« (Heitmeyer 2003) wurden die Befragten gefragt, (1) ob sie Muslim_innen die Einreise nach Deutschland gestatten würden und (2) ob sie sich wegen der Muslim_

at least one year« (OECD, 2016, S. 9). Im Gegensatz dazu sind humanitäre Migrant_innen »people who have successfully applied for asylum and have been granted some sort of protection«; Asylbewerber_innen sind »people who have formally applied for asylum, but whose claim is pending«. Schließlich sind undokumentierte Migrant_innen »persons who have not claimed for asylum«. Im Folgenden werden wir – sofern nicht anders angegeben – den Begriff »Flüchtling« sowohl für humanitäre Migrant_innen als auch für Asylbewerber_innen verwenden.

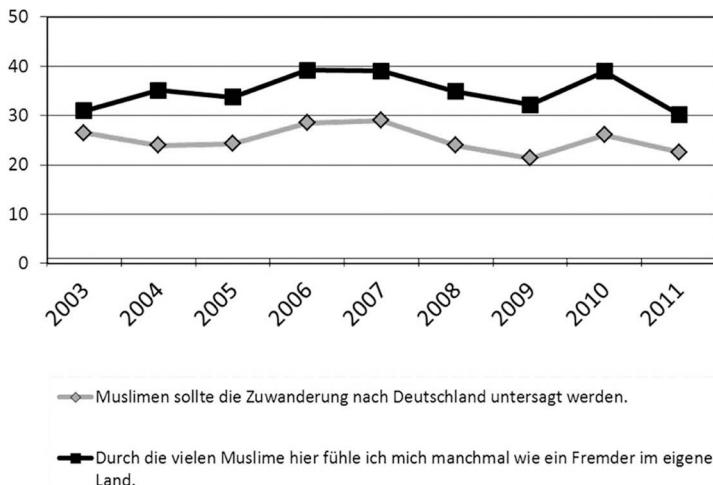
Der Fall der Flüchtlinge weicht in mehrfacher Hinsicht von dem der Gastarbeiter_innen und anderer Migrant_innen ab. Erstens ist das Hauptmotiv der Migrant_innen die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Position, vor allem um zum Einkommen der Haushalte beizutragen, wie z.B. die Gastarbeiter_innen in den 1950er bis 1970er Jahren oder die jüdischen Repatriierten aus Russland Mitte der 90er Jahre. Die Gastarbeiter_innen waren weitgehend auf sich selbst gestellt, wenn sie sich integrieren wollten. Vereinfacht ausgedrückt können wir die Migration von Gastarbeiter_innen durch einen Pushfaktor erklären; im Gegensatz dazu kommen Flüchtlinge hauptsächlich aufgrund von Pushfaktoren. Sie wollen dem (Bürger-)Krieg entkommen, der Verfolgung aus politischen, religiösen, ethnischen oder sexuellen Gründen entgehen, wie Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea.

Zweitens müssen Flüchtlinge ein Antrags- und Auswahlverfahren mit ungewissem Ausgang durchlaufen. Dieser Prozess kann Monate dauern, wie insbesondere in Deutschland zu beobachten ist (vgl. Übersicht der OECD, 2016). Ihr Schicksal und ihre zukünftige Karriere hängen von administrativen Entscheidungen ab.

Drittens wird die Integration von Flüchtlingen im Gegensatz zu der der Gastarbeiter_innen von der Stadtverwaltung und vielen (Freiwilligen-)Organisationen überwacht und gesteuert.

innen wie Fremde im eigenen Land fühlten. Die Verteilung der Antworten ist in Abbildung 1 dargestellt.

Abbildung 1: Einstellungen gegenüber Muslim_innen, 2003 bis 2011



Quelle: Heitmeyer, 2011

Zweitens zeigen die Ergebnisse des »Religionsmonitors 2011«, einer nationalen repräsentativen Stichprobe, dass 53 % der Befragten den Islam als Bedrohung und nur 24 % ihn als Bereicherung empfanden (vgl. Hafez & Schmidt, 2015). Der Prozentsatz derer, die eine »Bedrohung« wahrnehmen, nahm mit dem Alter zu und ging mit der Bildung zurück. Von den Befragten mit neun Jahren Schulbildung gaben 56 % »Bedrohung« an, 20 % »Bereicherung«, von denen mit 13 Jahren Schulbildung waren es 56 % versus 28 % und bei denen mit Hochschulabschluss 40 % versus 40 % (vgl. Hafez & Schmidt, 2015; Wagner, Christ & Kühnel, 2003). Obwohl die Vorurteile, wie erwartet, mit steigender Bildung abnehmen, ist die wichtigste Erkenntnis, dass es auch bei hoch gebildeten Personen ein bemerkenswertes Ausmaß an Vorurteilen gibt. Der neuere »Religionsmonitor« ergab, dass 57 % eine Bedrohung wahrnehmen, und 60 % stimmten der Aussage »Der Islam ist nicht mit der westlichen Welt vereinbar« zu (vgl. Vopel & El-Menour, 2015). In einer nationalen Umfrage aus dem Jahre 2016 stimmten 45 % der Aussage zu, dass der Islam eine Bereicherung ist (fast doppelt so viele wie 2003), 48 % waren anderer Meinung (vgl. infratest-dimap, 2016).

Dagegen ist die Einstellung zu Flüchtlingen differenzierter; 45 % haben Angst vor der Einwanderung von Flüchtlingen (vgl. infratest-dimap, 2015). Die Einstellungen hängen jedoch von den Gründen für die Flucht ab. Flucht aus Bürgerkriegsgründen ist weithin akzeptiert, weniger solche aus politischen Gründen

(wie politischer Unterdrückung, Strafverfolgung aus politischen oder sexuellen Gründen) und am wenigsten solche aus wirtschaftlichen Gründen (vgl. Ditzmann, Koopmans, Michalowski, Rink & Veit, 2016, S. 249; Friedrichs u.a., 2019, S. 203).

Drittens gab es bereits in den Jahren 1991 und 1992 durch die steigende Zahl von Aussiedler_innen eine fremdenfeindliche Stimmung, die sich u.a. in Brandstiftungen von Flüchtlingswohnheimen in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen entlud. Auch bei der aktuellen Zuwanderung der Asylbewerber_innen gab es Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte. 2015 erreichte die Zahl der Anschläge mit 1.031 den bisher höchsten Wert, im Jahr 2016 waren es 988, dann ging die Zahl auf 264 im Jahr 2017 zurück (vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 2017; Die Tageszeitung (taz), 2017).² Tabelle 2 visualisiert die räumliche Verteilung politisch motivierter Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in ganz Deutschland. Hamburg belegt dabei gemessen an der Anzahl der Delikte pro 100.000 Einwohner_innen den elften Platz, die meisten Delikte wurden in Thüringen, die wenigsten in Bremen registriert.

Tabelle 2: Politisch motivierte Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war, pro Bundesland, 2015

	Einwohnerzahl in Mio.	Zahl der Delikte	Delikte pro 100.000 Einwohner
Baden-Württemberg	10,70	69	0,64
Bayern	12,70	78	0,61
Berlin	3,50	57	1,63
Brandenburg	2,50	69	2,76
Bremen	0,70	2	0,29
Hamburg	1,80	15	0,83
Hessen	6,10	28	0,46
Mecklenburg-Vorpommern	1,60	48	3,00
Niedersachsen	7,80	107	1,37

² Die Angaben in einzelnen Quellen unterscheiden sich stark. So schreibt das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI): »Rechtsextremistisch motivierte Straftaten gegen Asylunterkünfte nahmen im Jahr 2017 sehr deutlich ab (2017: 286, 2016: 907, 2015: 894, 2014: 170), liegen aber nach einem dramatischen Anstieg in den beiden vorherigen Berichtsjahren immer noch über den Zahlen aus dem Jahr 2014« (BMI, 2017, S. 5).

Nordrhein-Westfalen	17,60	224	1,27
Rheinland-Pfalz	4,00	28	0,70
Saarland	1,00	10	1,00
Sachsen	4,00	117	2,93
Sachsen-Anhalt	2,20	69	3,14
Schleswig-Holstein	2,80	32	1,14
Thüringen	2,20	72	3,27

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 2016

Aus der Tabelle geht deutlich hervor, dass sich die Anzahl politisch motivierter Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war, im Hinblick auf die neuen und alten Bundesländer unterscheidet. Besonders unter Berücksichtigung der Einwohner_innenzahlen weisen die neuen Bundesländer eine deutlich höhere Quote bei diesen Delikten auf. Jedoch erscheint es zu einfach, diese Problematik allein anhand eines Ost-West-Gefälles zu erklären. Es liegt nahe, neben einem möglichen, jedoch anhand dieser Daten nicht belegbaren, spezifischen fremdenfeindlichen Klima in Ostdeutschland, weitere Variablen in Betracht zu ziehen, die die Räume besonders starker Ablehnung gegen Flüchtlinge kennzeichnen.

Die Forschungsfragen strukturieren sich dementsprechend entlang der beschriebenen Phänomene: Hängen die Einstellungen zu Muslim_innen und Flüchtlingen miteinander zusammen? Fühlen sich die Menschen durch die Flüchtlinge bedroht? Wovor haben die Menschen Angst? Welchen Einfluss hat der räumliche Kontext auf die Wahrnehmung der Flüchtlinge und die Einstellung ihnen gegenüber? Und schließlich: Was sind die politischen Auswirkungen der Antworten auf diese Fragen?

3. Theorie

Unsere Studie basiert auf der Theorie der ethnischen Bedrohung. Blalock (1967, 1982) hat eine allgemeine Theorie der ethnischen Bedrohung und Diskriminierung vorgeschlagen. Die zentralen Sätze sind: (1) Je schlechter die wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land sind, desto größer ist der Wettbewerb zwischen Majorität und Minorität um knappe Ressourcen, wie Arbeitsplätze, Wohnungen und Macht. (2) Der wahrgenommene Wettbewerb führt zu einer wahrgenommenen »ethnischen Bedrohung« unter den Majoritätsmitgliedern. (3) Die ethnische Bedrohung hat eine kulturelle und eine wirtschaftliche Dimension. (4) Je höher die ethnische Bedrohung, desto ausgeprägter sind die Vorurteile und die Diskrimi-

nierung von Angehörigen der Minorität(en) (vgl. Blalock 1967, S. 29, 49; 1982, S. 55). Es ist wichtig zu beachten, dass Studien die wahrgenommenen – und nicht die objektiven – wirtschaftlichen Bedingungen als relevant für die Einstellungen bezeichnen (vgl. Geißler, Hartmann, Kestler, Raumer & Schwarzer, 2010, S. 41-47; Stephan, Ybarra & Morrison, 2009). Je besser die wahrgenommenen ökonomischen Bedingungen sind, desto geringer ist die wahrgenommene Bedrohung.

Die wirtschaftlichen Bedingungen des untersuchten Landes, der Stadt oder des Wohngebietes haben einen Einfluss auf das Ausmaß der Diskriminierung. Wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen verschlechtern, befürchtet ein großer Teil der Majorität, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, was Vorurteile und Diskriminierung verstärkt (vgl. Baur, Klein, Seuring, Walcher & Weidner, 2010, S. 7; Farwick, 2009, S. 130; Schmid, 2015, S. 41-47; Zick, Küpper & Hövermann, 2011, S. 71, 79-91).

Basierend auf Blalocks Theorie schlagen Stephan u.a. (2009) in ihrer »revidierten Bedrohungstheorie« vor, zwischen symbolischer und realistischer Bedrohung – entsprechend der kulturellen und wirtschaftlichen Bedrohung – zu unterscheiden.

Die erste Frage, die sich hier stellt, lautet, worin liegt die Bedrohung? Folgt man einem Teil der Literatur, insbesondere dem früheren Text von Stephan und Stephan (1985, S. 160), dann ist es »anxiety«. Dieser Begriff wird definiert als subjektiv wahrgenommene Angst und »Antizipation negativer Konsequenzen in der Interaktion mit Angehörigen der outgroup« (Stephan, Ybarra & Bachman, 1999, S. 2231). Diese Angst entstand aus vorangegangenen Erfahrungen, Kenntnissen oder auch Vorurteilen gegenüber der spezifischen Minorität.

Die Überlegungen der Autoren lassen sich folgendermaßen weiterführen: Der Kern der Angst ist eine doppelte Verhaltensunsicherheit: Die Angehörigen der Majorität wissen nicht, wie sich Angehörige der Minorität verhalten werden, und wissen deshalb nicht, wie sie sich verhalten sollen. In dieser Unsicherheit greifen Angehörige der Majorität auf die eigenen Verhaltensregeln zurück und sehen davon abweichende als bedrohlich an. Bedrohlich sind sie deshalb, weil andere Verhaltensnormen – und damit verbunden: Sanktionen – bestehen.

Brader, Valentino und Suhay (2008) zeigen, dass Angst ein entscheidendes Gefühl für die Ablehnung von Einwander_innen ist. Mehrere andere Studien haben eine allgemeine Disposition gegen ausländische Gruppen dokumentiert (Ethnozentrismus), unabhängig von der Nationalität der Personen (vgl. Hainmueller & Hopkins, 2014, S. 233).

In einer Reihe neuerer Studien wird festgestellt, dass kulturelle Bedrohungen, d.h. Werte und Normen, für die negative Einstellung gegenüber Einwander_innen weitaus bedeutsamer sind als wirtschaftliche Bedrohungen, wie Arbeitsplätze und Einkommen (vgl. Hainmueller & Hopkins, 2014, S. 228, 231-232).

Darüber hinaus zeigen empirische Befunde recht konsistent, dass die Angst vor einem Anstieg der Minoritäten mit dem Alter zunimmt, hingegen mit steigender Bildung und dem Einkommen abnimmt; das Geschlecht scheint keine Auswirkung zu haben. Bei Menschen mit niedrigem sozialem Status ist die Angst höher, weil sie Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (vgl. Baur u.a., 2010, S. 6; Geißler u.a., 2010, S. 44; Schmid, 2015, S. 16; Zick u.a., 2011, S. 71, 79-91).

Von ähnlichen Ergebnissen wird in europäischen Studien berichtet. Der wahrgenommene Anteil der Minorität führt zu einer höheren wahrgenommenen Bedrohung und diskriminierenden Einstellungen (vgl. Scheepers, Gijsberts & Coenders, 2002; Schneider, 2008; Semyonov, Rajzman, Anat & Schmidt, 2004). Billiet, Meuleman und Witte (2014) finden anhand von Daten aus dem Europäischen Social Survey einen negativen Zusammenhang zwischen Bruttoinlandsprodukt und wahrgenommener Bedrohung und der Tatsache, dass sich Personen mit niedrigem Einkommen, niedrigem Bildungsstand oder Arbeitslosenstatus stärker bedroht fühlen.

Eine entscheidende Variable der Diskriminierung ist die wahrgenommene Größe (oder der wahrgenommene Anteil) der Minorität, da dies die Kontakte (und Kontaktchancen) zwischen Majorität und Minorität beeinflusst (vgl. dazu Grönemann, 2018). Für die Wahrnehmung ist dabei auch von Bedeutung, wie groß der Anteil der Minorität im eigenen (Wohn-)Umfeld ist. Es wurden zwei gegensätzliche Theorien über die Auswirkungen der Größe von Minoritäten vorgeschlagen. Erstens wird mit einem wachsenden Anteil der Minorität der Wettbewerb um knappe Ressourcen zunehmen – und zu mehr Diskriminierung führen (vgl. Blalock, 1967; Fetzer, 2000; Quillian, 1995, 1996; Taylor, 1998, 2000). Zweitens werden mit zunehmendem Minoritätsanteil Vorurteile und Diskriminierung abnehmen, da Majoritätsangehörige den Minoritätsangehörigen stärker ausgesetzt sind. Die Exposition erhöht die Kontaktchancen, und der Kontakt baut Vorurteile ab (vgl. Schelling, 1971). Die zweite Theorie wird durch eine Vielzahl von empirischen Studien gestützt (vgl. Babka von Gostomski, Stichs & Stichs, 2008; Ellison, Shin & Leal, 2011; Mansel, 2006; Martinović, 2013; Martinović, van Tubergen & Maas, 2009; Petermann & Schönwälder, 2014; Schlueter & Scheepers, 2010; Schmid, Al Ramiah & Hewstone, 2014; Wagner u.a., 2003). Petermann und Schönwälder (2014) stellen in ihrer Untersuchung der Wohngebiete in 16 deutschen Städten fest, dass Personen, die mehr Zeit in der Nachbarschaft verbringen, deutlich mehr »gruppenübergreifende« Kontakte haben. Sie finden einen positiven Effekt der Größe, der sich auch in den Metaanalysen von Pettigrew und Tropp (2006, 2010, 2011) zeigt.

Natürlich müssen wir den Zusammenhang zwischen Größe der Minorität, wirtschaftlichen Bedingungen, Diskriminierung und individuellen Merkmalen genauer untersuchen. Ein gemeinsames Ergebnis solcher Studien ist, dass nicht die objektiven Bedingungen, sondern die subjektiv wahrgenommenen Bedin-

gungen, d.h. die wahrgenommene Größe einer Minorität (vgl. Semyonov u.a., 2004), Vorurteile und Diskriminierung prägen. Pettigrew & Tropp (2010) finden in einem Strukturgleichungsmodell einen positiven Effekt vom tatsächlichen auf den wahrgenommenen Anteil der Ausländer_innen sowie einen positiven Effekt von wahrgenommenem Anteil und subjektiver Bedrohung ($p=.30$); letztere beeinflusst ihrerseits die kollektive Bedrohung ($p=.67$) und diese wiederum die Vorurteile (vgl. Pettigrew u.a., S. 76). Diese Kette belegt den Zusammenhang zwischen dem Anteil der Minorität und der Diskriminierung. Die Autor_innen fanden auch, dass interethnische Kontakte die wahrgenommene Bedrohung verringern und ebenso die kollektive Bedrohung ($p=-.38$ bzw. $-.19$) und die Vorurteile.

Das Ausmaß der wahrgenommenen Bedrohung hängt demnach von folgenden Bedingungen ab: der Größe der Minorität, den wirtschaftlichen Bedingungen im Land und der eigenen wirtschaftlichen Situation, den Erfahrungen und Kenntnissen über die Minorität sowie Merkmalen der Person u.a. soziodemographischen Merkmalen. Von diesem komplexen Zusammenhang untersuchen wir im Folgenden einen bislang nicht untersuchten Teil: die Beziehungen zwischen Formen der Bedrohung, Einstellungen zum Islam, Einstellungen zu Flüchtlingen und soziodemographischen Merkmalen.

Betrachtet man die theoretischen Grundlagen der Untersuchung, so wird auch hier ein impliziter räumlicher Bezug offenbar. So rekurriert die Theorie Blalocks auf die wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land oder einer Region, sowie einen gesteigerten Wettbewerb zwischen Majorität und Minorität um knappe Ressourcen. Diese Konkurrenz bedarf immer einer räumlichen Komponente, die auf unterschiedlichsten Ebenen zutage tritt und verschiedene soziale Gruppen in unterschiedlichem Maße trifft. Nicht zuletzt deshalb finden sich statusspezifische Unterschiede in den Einstellungen sowohl zu den Flüchtlingen als auch zum Islam, die sich anhand von subjektiver und objektiver sozialer Distanz strukturieren und die sich ihrerseits in einer physisch-räumlichen Verteilung der Gruppen (z.B. nach Stadtteilen) manifestieren (vgl. Leßke, Friedrichs & Schwarzenberg, 2018).

4. Stichprobe und Methoden

Unsere Studie bezieht sich auf Hamburg, die zweitgrößte Stadt Deutschlands und ein Stadtstaat. Wir haben zwei Wohngebiete mit unterschiedlichem sozialen Status ausgewählt: Harvestehude (Oberschicht) und Bergedorf (Mittelschicht). In Harvestehude ist die ausgewählte Unterkunft die einzige im Wohngebiet, sie bietet Platz für 190 Flüchtlinge. In Bergedorf gibt es neben der untersuchten Unterkunft noch sechs weitere; die ausgewählte Unterkunft in der Brookkehre bietet Platz für 440 Flüchtlinge, insgesamt sind in Bergedorf 1.168 Flüchtlinge unterge-

bracht. In beiden Fällen handelt es sich um eine Gemeinschaftsunterkunft, in der die Flüchtlinge sich selbst Essen zubereiten können, die Sanitäranlagen jedoch teilweise mit anderen Bewohner_innen geteilt werden müssen.

In beiden Wohngebieten haben wir eine Befragung der Anwohner_innen in der Umgebung der Unterkunft mit einer Stichprobe aus dem Melderegister durchgeführt. Die Zielpersonen erhielten ein Anschreiben von der Universität zu Köln, in dem sie darüber informiert wurden, wie wir ihre Adresse erhalten haben, welche Ziele die Studie verfolgt und wie der Kontakt für die Face-to-face-Befragung hergestellt werden soll. Der Fragebogen war standardisiert und umfasste mehrere offene Fragen zu Einstellungen zu Flüchtlingen, zur Unterbringung von Flüchtlingen und wahrgenommenen Veränderungen in der Nachbarschaft. Alle Fragen wurden pre-getestet. Die offenen Fragen wurden nach einem Codeschema kodiert, das in einer früheren kleineren Studie mit dem gleichen Fragebogen in einem Kölner Stadtteil entwickelt wurde (vgl. Michaelis, 2016). Tabelle 3 dokumentiert die Stichprobe und die durchgeführten Interviews.

Tabelle 3: Stichproben und Interviews

	Harvestehude		Bergedorf	
Bruttostichprobe	770	100,0	925	100,0
Neutrales Ausfälle	138	16,6	156	16,9
Unbekannt, fortgezogen	67	8,7	114	12,3
Krank, über einen längeren Zeitraum nicht erreichbar	61	7,9	42	4,5
Korrigierte Bruttostichprobe	632	100,0	769	100,0
Nicht erreichbar	158	25,0	145	18,9
Verweigert	195	30,9	326	42,4
Interviews	279	44,1	298	38,7

Quelle: eigene Darstellung

Wir führten mehrere Tests zu systematischen Ausfällen durch, darunter das Alter, fanden aber keine signifikanten Abweichungen von der Stichprobe. Es gibt jedoch gute Gründe anzunehmen, dass sich Personen, die den Zuzug von Flüchtlingen ablehnen, überproportional weigern werden, an der Befragung teilzunehmen, wenngleich wir ihren Prozentsatz nicht schätzen können.

Die beiden Wohngebiete wurden aufgrund ihres unterschiedlichen sozialen Status ausgewählt. Tabelle 4 enthält einige grundlegende Indikatoren für die soziale und wirtschaftliche Zusammensetzung beider Stadtteile. Die Unterschiede sind besonders deutlich in Bezug auf Bildung, Armut, Wohnraumgröße und -kosten.

Tabelle 4: Sozialstrukturmerkmale für Harvestehude und Bergedorf

Merkmal	Harvestehude		Bergedorf		Hamburg
	Stichprobe	Statistik ¹	Stichprobe	Statistik	
Einwohner	-	17.479	-	34.404	1.833.930
Ausländer	-	11,3 %	-	14,0 %	15,7 %
Abitur	81,9 %	-	62,8 %	-	-
Hochschulstudium	63,5 %	-	38,4 %	-	-
Einkommen > 5.000 €b	41,2 %	-	13,2 %	-	-
Einkommen < 1.500 €b	11,5 %	-	17,9 %	-	-
Steuer je Steuerpfl. (€)	-		-		
Wohnungseigentümer	36,2 %	88.273	34,7 %	32.742	35.567
Sozialmieteter	1,9 %	-	5,9 %	-	-
Eigentumswhg. (€/qm)	-	6.959	-	2.758	3.658
Wohnungsgröße (qm)	-	96,65	-	79,5	75,9
Arbeitslosenquote	1,9 %	3,3 % ⁶	4,7 %	5,0 %	5,7 %
SGB II-Empfänger	0,8 %	3,0 %	4,7 %	9,6 %	9,9 %

¹Quelle: Statistikamt Nord »Meine Region 2015«. ² Nettohaushaltseinkommen. ³ Steuer pro Steuerpflichtigem bzw. Steuerpflichtiger. ⁴ Preise pro neuer Eigentumswohnung.

5. Ethnische Bedrohung

Um die Einstellung gegenüber Flüchtlingen zu beurteilen, stellen wir zunächst Daten über die Akzeptanz von verschiedenen Fluchtmotivationen vor (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Akzeptanz der Einwanderung von Flüchtlingen nach Nachbarschaft in Prozent

Zuzug ...		Der Zuzug soll ...		
		unein- geschränkt möglich sein	begrenzt mög- lich sein	unterbunden werden
... aus Kriegsgebieten.	Hh	62,8	35,8	1,1
	Bd	58,3	39,3	0,7
... für politisch Verfolgte.	Hh	60,5	35,9	2,5
	Bd	54,6	41,4	1,7
... aus wirtschaftlichen Gründen.	Hh	8,7	60,5	27,9
	Bd	11,9	55,3	29,0

Hh = Harvestehude, Bd = Bergedorf

Quelle: eigene Darstellung

Die Befragten in Harvestehude scheinen toleranter zu sein als die in Bergedorf, was auf die soziale Zusammensetzung (durch Bildung) zurückzuführen ist. Die strikte Grenze verläuft zwischen politischen und wirtschaftlichen Gründen; wirtschaftliche Gründe, wie z.B. fehlende Arbeitsmöglichkeiten, werden für die Asylsuche nicht akzeptiert. Auch in der Genfer Flüchtlingskonvention wird dies nicht als Grund für die Gewährung von Asyl aufgeführt, was jedoch faktisch auch auf die Flucht aus Kriegsgebieten zutrifft.

Um einen umfassenderen Überblick über die Einstellung zu Flüchtlingen zu erhalten, haben wir eine von infratest-dimap entwickelte Skala zu verschiedenen Befürchtungen verwendet, die in mehreren Umfragen über die politische Situation in Deutschland verwendet wurde (vgl. Tabelle 6). Wir testeten die Skala auf Dimensionalität; die Hauptkomponentenanalyse ergab einen Faktor mit einem Eigenwert von 5,331 und einem zufriedenstellenden Cronbachs alpha=. 89. Auch hier stellen wir deutliche Unterschiede zwischen den beiden Wohngebieten fest, wobei Harvestehude liberaler ist. Aber einige entscheidende Punkte, wie der Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, werden in beiden Wohngebieten befürchtet – unabhängig von der guten und sicheren wirtschaftlichen Situation der Befragten in Harvestehude.

Tabelle 6: Einstellungen gegenüber Flüchtlingen nach Wohngebiet

		% »stimme voll zu/stimme eher zu«.	
Ich befürchte, ...		Hamburg	Infratest ¹
1. ... dass rechte Parteien an Zulauf gewinnen.	Hh Bd	93.1 90.7	-
2. ... dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zunimmt.	Hh Bd	46.0 49.3	-
3. ... dass die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird	Hh Bd	57.0 68.5	57.0
4. ... dass die Kosten für die Unterbringung und Versorgung zu hoch sind.	Hh Bd	34.3 40.7	-
5. ... dass der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.	Hh Bd	43.4 47.9	50.0
6. ... dass die Zahl der Straftaten zunimmt.	Hh Bd	42.8 49.2	60.0
7. ... dass die Terrorgefahr in Deutschland steigt.	Hh Bd	41.4 51.0	-

8. ... dass der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland zunimmt.	Hh Bd	40.6 51.2	-
9. ... dass der Wohlstand in Deutschland bedroht wird.	Hh Bd	10.8 15.8	-
10. ... dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt größer wird.	Hh Bd	32.1 40.2	27.0
11. ... dass die Sicherheit im öffentlichen Raum geringer wird.	Hh Bd	39.3 43.2	43.4
12. ... dass unsere freizügige Lebensweise nicht mehr möglich wird.	Hh Bd	18.8 23.9	47.0

Quelle: ¹ »ARD Deutschlandtrend«. Antwortkategorien. Stimme völlig zu – stimme zu – weiß nicht – stimme eher nicht zu – stimme gar nicht zu

Nach Blalock unterscheiden wir zwischen wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung. Um beide Bedrohungen zu messen, verwenden wir Items aus der oben genannten infratest-dimap-Skala. Beide Einstellungen werden mit jeweils zwei Skalen gemessen.

Wirtschaftliche Bedrohung:

- (a) »Ich befürchte, dass die Konkurrenz am Arbeitsmarkt größer wird«;
- (b) »Ich befürchte, dass der Wohlstand in Deutschland bedroht wird«.

Kulturelle Bedrohung:

- (a) »Ich befürchte, dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird«;
- (b) »Ich befürchte, dass der Einfluss fremder Kulturen in Deutschland zunimmt«.

Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohungen (vgl. Tabelle 7) sind keine unabhängigen Einstellungen, die Frage ist jedoch, wie eng sie zusammenhängen. Wie unsere Daten zeigen, sehen nur wenige Befragte eine wirtschaftliche Bedrohung, viel mehr hingegen eine kulturelle Bedrohung (12,9 % gegenüber 34,3 % »stark«). Der Prozentsatz, der beide Bedrohungen als ähnlich stark empfindet (12 %), scheint sehr niedrig zu sein, obwohl uns vergleichbare Daten aus anderen Studien fehlen. Wie erwartet unterscheiden sich diese Ergebnisse zwischen unseren beiden Wohngebieten durch ihre soziale Zusammensetzung: In Harvestehude liegen die Werte bei 28,3 % versus 10,9 %, in Bergedorf bei 39,9 % versus 14,9 %. Interessanterweise nehmen Personen, die eine wirtschaftliche Bedrohung wahrnehmen, auch eine kulturelle Bedrohung wahr – aber nicht umgekehrt.

Tabelle 7: Wirtschaftliche und kulturelle Bedrohung, in Prozent aller Befragten

Kulturelle Bedrohung	Wirtschaftliche Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Stark	11.5	7.6	15.2	185
Mittel	0.7	3.3	16.5	111
Schwach	0.7	5.7	38.8	245
Gesamt	70	90	381	541

$\text{Chi}^2=125.478; df=4; p<.000; CV=.34$

Quelle: eigene Darstellung

Die wirtschaftliche Bedrohung, zunächst einmal mit Blick auf den Arbeitsmarkt, hängt wesentlich mit der wahrgenommenen Bedrohung durch den Islam zusammen (vgl. Tabelle 8). Auch hier ist der Prozentsatz derjenigen, die beide Bedrohungen wahrnehmen, gering (20 %). Mehr als die Hälfte derjenigen, die einen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen, fühlen sich durch den Islam bedroht. Wenn wir die Zwei-Punkte-Skala für die wirtschaftliche Bedrohung verwenden, erhalten wir viel stärkere Korrelationen: 62 % der Befragten sehen den Islam als Bedrohung und befürchten einen weiteren Zustrom von Flüchtlingen (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 8: Bedrohung des Arbeitsmarktes und Bedrohung durch den Islam, in Prozent aller Befragten, Spaltenprozente in Klammern

Bedrohung durch den Islam	Bedrohung Arbeitsmarkt		N
	Stimme zu	Stimme nicht zu	
Stimme zu	19,6 (55.0)	26,1 (40.5)	254
Stimme nicht zu	16,0 (45.0)	38,3 (59.5)	302
Gesamt	198	358	556

$\text{Chi}^2=10.874; df=1; p<.001; CV=.14$

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 9: Wirtschaftliche Bedrohung und Angst vor Flüchtlingen, Spaltenprozente

Angst vor vielen Flüchtlingen	Wirtschaftliche Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Eher ja	61,7	25,6	13,0	120
Eher nein	31,5	57,4	78,3	384
Weder noch	6,8	17,0	8,7	55
Gesamt %	100,0	100,0	100,0	
N	73	94	392	559

$Chi^2=96.518; df=4; p<.000; CV=.29$

Quelle: eigene Darstellung

Auch die kulturelle Bedrohung korreliert signifikant mit der Angst vor mehr Flüchtlingen, aber der Prozentsatz, der eine starke Bedrohung wahrnimmt *und* Flüchtlinge fürchtet, ist nicht so hoch wie bei der wirtschaftlichen Bedrohung (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Kulturelle Bedrohung und Angst vor Flüchtlingen, Spaltenprozentsätze

Angst vor vielen Flüchtlingen	Kulturelle Bedrohung			N
	Stark	Mittel	Schwach	
Eher ja	48,2	12,4	6,6	120
Eher nein	40,6	77,0	85,1	369
Weder noch	11,2	10,6	8,3	53
Gesamt %	100,0	100,0	100,0	
N	187	113	242	542

$Chi^2=121.629; df=4; p<.000; CV=.34$

Quelle: eigene Darstellung

Als empirischen Test korrelieren wir die Angst vor dem Islam mit der Angst vor mehr Flüchtlingen (vgl. Tabelle 11). Die Mehrheit fürchtet den Islam und die Flüchtlinge nicht. Angesichts der Debatten in Deutschland (vgl. Einführung) ist dies ein überraschendes Ergebnis – wenn auch nur für eine Stichprobe aus zwei Wohngebieten. Typ B fürchtet den Islam, überträgt die Furcht jedoch nicht auf die Flüchtlinge; zu diesem Typ gehört ein Viertel der Befragten. Der harte Kern sind Befragte, die sowohl Angst vor dem Islam als auch vor den Flüchtlingen haben

(Typ D) – das sind aber nur 20 %. Schließlich bleibt Typ C; er ist mit 4 % nahezu irrelevant.

Tabelle 11: Ergebnisse für die Typologie, in Prozent (absolute Werte in Klammern)

Angst vor mehr Flüchtlingen	Angst vor dem Islam	
	Nein	Ja
Nein	A 53.5 (256)	B 24.5 (122)
Ja	C 3.8 (19)	D 20.2 (101)
Gesamt	57.3 (275)	44.7 (123)

$\chi^2 = 56,55; df = 1; p < .001; CV = 26$

Quelle: eigene Darstellung

Wenn wir diese Typen nach soziodemografischen Merkmalen unterteilen, finden wir keine Unterschiede nach Geschlecht, sondern nach Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen. Je höher die Bildung in Schuljahren, desto höher ist der Anteil vom Typ A und desto geringer ist der Anteil vom Typ D ($p < .008$). Der große Unterschied besteht zwischen denen mit zehn Jahren und denen mit 13 Jahren Schulbildung, z.B. 38,7 % versus 57,5 % in Typ A und zwischen neun Jahren und 13 Jahren für Typ D (38,2 % vs. 16,7 %).

Auch der Faktor der Erwerbstätigkeit hängt mit den Typen zusammen ($p < .05$). Am deutlichsten sind die Unterschiede zwischen Voll- oder Teilzeitbeschäftigen und Rentner_innen (daher gibt es einen Alterseffekt). Von den Voll- oder Teilzeitbeschäftigen gehören 55,0 % zum Typ A, von den Rentner_innen sind es dagegen nur 41,7 %. Wenn man das monatliche Nettoeinkommen in fünf Kategorien einteilt, findet man eine lineare Erhöhung für Typ A und eine lineare Verringerung des Anteils für Typ D, obwohl die Unterschiede für alle vier Arten nicht signifikant sind. Im niedrigsten Einkommenssegment (weniger als 1.000 Euro) sind 44,2 % vom Typ A und 23,3 % vom Typ D, im höchsten Einkommenssegment (mehr als 4.000 Euro) 56,2 % vom Typ A und 14,8 % vom Typ D. Diese Zusammenhänge zeigen jedoch keine statistische Signifikanz. Wir finden erhebliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen (wenn auch wiederum nicht signifikant). Von der jüngsten Gruppe (18-29 Jahre) befinden sich 67,8 % in Gruppe A und nur 13,5 % in D, bei den älteren Menschen (70+) sind 42,6 % in A, aber 23,1 % in D.

Wie bedeutsam diese Formen der wahrgenommenen Bedrohung sind, zeigt eine Studie von Rippl und Seipel (2018). Sie untersuchten mit Daten des ALLBUS 2016 die Erklärungskraft unterschiedlicher Theorien für die Absicht, die AfD zu wählen. Eine davon war die Bedrohungs-Theorie. In ihrem ersten Modell der Re-

gression bewährte sich die Modernisierungsverlierertheorie: Männliche Befragte, solche mit geringer Bildung und niedrigem Einkommen hatten signifikant höhere Wahrscheinlichkeiten (odds), die AfD zu wählen. Im zweiten Modell wurden die kulturelle und ökonomische Bedrohung und einige weitere Variablen eingeführt. Nun war nur noch das Geschlecht signifikant, aber insbesondere die kulturelle und die wirtschaftliche Bedrohung hatten hohe und signifikante Effekte (vgl. Rippl & Seipel, 2018, S. 247) (darüber hinaus auch der »Wunsch nach einer Homogenität der Gesellschaft«, »Desinteresse der Politik an einfachen Leuten« und »Autoritarismus«). Die Theorie der kulturellen Bedrohung erweist sich hier als ein starker Prädiktor, die AfD (eine rechte Partei) zu wählen. In unserer Befragung haben wir die Wahlabsicht der Befragten jedoch nicht erhoben und können daher diesen Schluss anders als Rippl und Seipel nicht ziehen. Sie unterstreicht jedoch abermals die weitreichende Bedeutung von kultureller und ökonomischer Bedrohung im Hinblick auf die Abwertung von Minoritäten bzw. Flüchtlingen.

6. Kontakttheorie

Durch den Kontakt werden Vorurteile abgebaut. Dies ist der Kern der Kontakttheorie. Der umfangreichste Test stammt aus einer Metaanalyse von 515 Studien mit 713 unabhängigen Proben von Pettigrew und Tropp (1998; vgl. Pettigrew & Tropp, 2006, 2010, 2011). Die Gesamtergebnisse unterstützen die Hypothese unter Berücksichtigung folgender Bedingungen: Die Sympathie ist unter Gleichgestellten höher, das Wissen über die andere Gruppe baut Vorurteile und Ängste ab und fördert das Mitgefühl für die andere Gruppe (vgl. Pettigrew & Tropp, 2011, S. 77ff, 94ff). Eine sehr ähnliche Argumentation findet sich in der klassischen Vorurteilstheorie von Allport (1954, S. 261; vgl. Asbrock, Kauff, Issmer, Christ, Pettigrew & Wagner, 2012, S. 200; Dovidio & Gaertner, 1993; Dovidio, Hewstone, Glick & Esses, 2010). Er argumentiert:

»Prejudice (unless deeply rooted in the character structure of the individual) may be reduced by *equal status contact* between majority and minority groups in pursuit of *common goals*. The effect is greatly enhanced if this contact is sanctioned by *institutional supports* (i.e., by law, custom or local atmosphere), and provided it is of a sort that leads to the perception of common interests and *common humanity* between members of the two groups.« (Allport 1954, S. 181, kursiv hinzugefügt)

So stellte Allport folglich vier Bedingungen für die Wirksamkeit der Kontakttheorie auf: Statusgleichheit, gemeinsame Ziele, institutionelle Unterstützung und Qualität der Kontakte. Je mehr diese Bedingungen gegeben sind, desto stärker ist der Abbau von Vorurteilen (vgl. Pettigrew & Tropp, 2006, S. 757).

Die Flüchtlinge kommen aus sehr unterschiedlichen Ländern. Sowohl Einstellungen als auch Vorurteile beruhen auf zumindest einigen Informationen über das Gegenüber. Dies sind Länder, über die die deutsche Bevölkerung wahrscheinlich nicht gut informiert sein wird, wobei das vorherrschende Bild vermutlich durch Medienberichte über Krieg und Terroranschläge geprägt ist. Zum Beispiel zeichnet sich für Syrien ein Bild von Bürgerkrieg und zerstörten Nachbarschaften ab, für Afghanistan das eines unsicheren Landes mit deutscher Militärintervention. Führt dieser Wissensmangel zu mehr oder weniger Vorurteilen und begünstigt oder behindert er die Integration in die deutsche Gesellschaft? Laut einer Studie in multiethnischen nordamerikanischen Wohngebieten führt mangelndes Wissen zu mehr Angst vor dem Unbekannten, die jedoch abnimmt, wenn die Anwohner_innen mit Minoritätsmitgliedern in Kontakt kommen – was wiederum die Kontakthypothese bestätigt (vgl. Oliver & Wong, 2003). Wenn diese positiven Bedingungen vorherrschen, wird der Kontakt – auch indirekter Kontakt – zu weniger Vorurteilen führen (vgl. Hewstone, 2004, S. 10; Wagner u.a. 2003).

*Tabelle 12: Direkter Kontakt und die Angst vor mehr Flüchtlingen
(absolute Werte in Klammern)*

Angst vor mehr Flüchtlingen	Direkter Kontakt		N
	Kontakt	Kein Kontakt	
Ja	19,1 (27)	26,0 (95)	122
Nein	80,9 (114)	74,0 (271)	385
Gesamt	141	366	507

$Chi^2=2,581; df=1; p<.108; CV= -.071$

Quelle: eigene Darstellung

Interessanterweise zeigt sich, dass wir im Rahmen unserer Daten keinen signifikanten Effekt durch direkten Kontakt zu Flüchtlingen wiederfinden können (vgl. Tabelle 12). Da dies weiten Teilen der bisherigen Forschung widerspricht, vermuten wir hier einen durch die beiden Wohngebiete sowie durch die geringe Fallzahl bedingten Effekt. So ist der Anteil derjenigen, die Angst vor mehr Flüchtlingen haben, generell auf einem relativ geringen Niveau. Es kann durchaus sein, dass die Gelegenheitsstrukturen für direkten Kontakt in Teilen der Wohngebiete durch die Arbeitszeiten nicht gegeben zu sein scheinen, sich dies aber nicht auf die Akzeptanz auswirkt. Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass die Bedingungen, die Allport in seiner Grundlegung der Kontakttheorie herausarbeitet, im Falle der Flüchtlinge nicht gegeben sind. So muss mindestens im Hinblick auf die Statusgleichheit angenommen werden, dass das Gefälle der ursprünglichen Bewohner_innen der Wohngebiete gegenüber den Flüchtlingen, die ihrerseits gar

in ihren Bürgerrechten eingeschränkt sind, sehr stark ist. Auch ohne einen statistisch signifikanten Effekt bleibt jedoch ein Unterschied zwischen denjenigen, die Kontakt zu Flüchtlingen haben, und denjenigen, die keinen Kontakt haben, in der Kreuztabelle unübersehbar.

*Tabelle 13: Indirekter Kontakt und die Angst vor mehr Flüchtlingen
(absolute Werte in Klammern)*

Angst vor mehr Flüchtlingen	Indirekter Kontakt		N
	Kontakt	Kein Kontakt	
Ja	16,7 (45)	33,1 (51)	96
Nein	83,3 (224)	66,9 (103)	327
Gesamt	269	154	423

$\text{Chi}^2=14,992; df=1; p<.001; CV=-.19$

Quelle: eigene Darstellung

Demgegenüber zeigt ein hochsignifikanter Effekt für indirekte Kontakte (vgl. Tabelle 13), sodass Personen, die auch keinen Kontakt zu Flüchtlingen im näheren Umfeld aufweisen, tendenziell mehr Angst vor mehr Flüchtlingen haben, als dies bei Personen der Fall ist, die davon wissen, dass Personen in ihrem Umfeld Kontakt zu Flüchtlingen haben.

7. Multivariate Analyse

Bisher unterstützen unsere Ergebnisse weitgehend die Theorie. Sie stehen im Einklang mit den Ergebnissen früherer Studien. In einem letzten Schritt testen wir unser Modell durch eine logistische Regression; die abhängige Variable ist die Frage »Angst vor mehr Flüchtlingen (vgl. Tabelle 14).

Tabelle 14: Angst vor mehr Flüchtlingen, binäre logistische Regressionen

Abhängig: Angst vor mehr Flüchtlingen	B	Standard- fehler	Wald	Signi- fikanz	Exp(B)
Konstante	-0.963	0.657	2.145	0.143	0.382
Bergedorf	0.139	0.273	0.259	0.611	1.149
Männlich	-0.504	0.268	3.525	0.060	0.604
Alter	-0.007	0.008	0.679	0.410	0.993
Einkommen	-0.004	0.031	0.017	0.896	0.996

Kulturelle Bedrohung	0.767	0.242	10.048	0.002	2.153
Wirtschaftliche Bedrohung	0.308	0.161	3.654	0.056	1.361
Kontakt zu Flüchtlingen	-0.524	0.336	2.427	0.119	0.592
Geschätzter Anteil Ausländer_innen im Wohngebiet	-0.014	0.013	1.164	0.281	0.986
Kult. Bedrohung x Geschätzter Anteil Ausländer_innen	0.028	0.013	4.650	0.031	1.028
Pseudo R ² (Nagelkerke) .326 Chi ² =112.679, df=9, p<.000					

Quelle: eigene Darstellung

Die Angst vor mehr Flüchtlingen ist erwartungsgemäß stark und erheblich von wirtschaftlichen und kulturellen Bedrohungen beeinflusst, wobei die kulturelle Wirkung viel größer ist. Männer haben diesbezüglich weniger Angst als Frauen (leicht über dem Signifikanzniveau von .05), im Gegensatz dazu haben weder Einkommen noch Nachbarschaft Auswirkungen auf die Angst vor mehr Flüchtlingen. Wir haben außerdem die Variable »geschätzter Anteil von Migrant_innen in der Nachbarschaft« aufgenommen. In Harvestehude reichten die Antworten von 0 bis 60 % (Bergedorf: 0 bis 80 %), das arithmetische Mittel war 11,3 % (19,5 %). Dieser Anteil reduziert die Angst. Obwohl der Effekt nicht signifikant ist, unterstützt er unsere theoretische Argumentation.

Interessanterweise finden wir einen kleinen, aber signifikanten Interaktionseffekt von kultureller Bedrohung und geschätztem Anteil von Migrant_innen in der Nachbarschaft. Eine als hoch wahrgenommene Bedrohung scheint mehr Gewicht zu haben als ein wahrgenommener hoher Anteil von Ausländer_innen im Wohngebiet. Um dieses Ergebnis besser zu interpretieren, berichten wir, wie diese beiden Variablen zusammenhängen, und erwarten eine negative Beziehung. Die Ergebnisse widersprechen dieser Annahme. Die wahrgenommenen Anteile von Migrant_innen und Flüchtlingen sind mit $r=.55$ ($p<.000$) korreliert. Beide Anteile sind positiv mit der wirtschaftlichen Bedrohung (Migrant_innen: $r=.20$, $p<.000$; Flüchtlinge: $r=.23$, $p<.000$) und der kulturellen Bedrohung ($r=.17$, $p<.000$; bzw. $r=.20$, $p<.000$) korreliert. Zusammengenommen deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass der wahrgenommene Anteil der Minorität in der Nachbarschaft Vorurteile verstärkt. Dies steht nicht unbedingt im Widerspruch zur Kontakttheorie, wenn wir davon ausgehen, dass die Präsenz in der Nachbarschaft nicht automatisch zu Kontakten führt, sondern die Anwohner_innen sogar daran hindert, Kontakt aufzunehmen.

8. Folgerungen

Der Prozess der Integration der Flüchtlinge steht noch am Anfang. Ein großer Teil von ihnen lebt immer noch in großen Unterkünften und nicht in eigenen Wohnungen, versucht sich zu qualifizieren oder hat einen Job. Unter diesen Bedingungen ist es wichtig, die Vorurteile der deutschen Bevölkerung zu untersuchen, um die Integrationschancen besser einzuschätzen. Unsere Studie befasst sich mit diesem Problem durch Befragungen von Anwohner_innen in Wohngebieten mit einer Flüchtlingsunterkunft. Deshalb sollten diese Befragten besonders sensibilisiert für die Einstellungen zu Flüchtlingen sein.

Wir finden eine insgesamt positive Einstellung zu den Flüchtlingen. Die Einstellungen sind in dem statushöheren Wohngebiet Harvestehude toleranter als in Bergedorf. Es werden sowohl eine kulturelle als auch eine wirtschaftliche Bedrohung wahrgenommen, dabei ist die kulturelle erheblich stärker. Nur rund 12 % der Befragten nehmen beide Bedrohungen als »stark« wahr – aber 39 % beide als gering. Die (positiven) Ergebnisse könnten sich ändern, wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland verschlechtern.

Die Einstellungen zum Islam und die Angst vor dem Zuzug von Flüchtlingen hängen signifikant zusammen. Der wichtigste Befund ist, dass nur ein Fünftel der Befragten beides fürchtet, dagegen über die Hälfte der Befragten keines von beidem. Als Konsequenz beobachten wir eine schwache, aber signifikante Korrelation zwischen Anti-Flüchtlings- und Anti-Islam-Einstellungen. Die kulturelle Bedrohung besteht in der Furcht um die eigenen Werte und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie erwartet sehen viele Befragte eine kulturelle und wirtschaftliche Bedrohung durch Flüchtlinge, wobei die kulturelle Bedrohung stärker ist. Die Kontakttheorie bewährt sich nur eingeschränkt: Besonders indirekte Kontakte zu Flüchtlingen verringern die Vorurteile ihnen gegenüber.

Unsere Studie trägt auf zwei Weisen zu unserem Wissen über die beginnende Integration von Flüchtlingen bei. Erstens zeigen wir die Bedeutung von wirtschaftlicher und kultureller Bedrohung für Vorurteile und somit die Integration auf. Zweitens zeigen wir, dass die Angst vor dem Islam nur bei einem kleinen Teil der Befragten auch mit einer Angst vor den Flüchtlingen verbunden ist. Eine politische Implikation unserer Ergebnisse ist, die Chancen für Kontakte mit Flüchtlingen zu verbessern, Räume (foci) zu finden, in denen sie aufgrund gemeinsamer Interessen zusammenkommen. Dann sollte sich auch der abstrakte Oberbegriff »Flüchtlings« zugunsten einer differenzierten Betrachtung der einzelnen Nationalitäten und Kulturen ändern.

Literatur

- Ahrens, P.-A. (2017). *Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und April 2017*. Bonn: Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland.
- Allport, G. W. (1954). *The nature of prejudice*. Cambridge: Addison-Wesley.
- Asbrock, F., Kauff, M., Issmer, C., Christ, O., Pettigrew, T. F. & Wagner, U. (2012). Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leichtmacht. In W. Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände*. Folge 10 (S. 199-219). Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Babka von Gostomski, C., Stichs, C. & Stichs, A. (2008). Der Einfluss von Gelegenheitsstrukturen auf die Häufigkeit des Kontakts von Zuwanderern mit Deutschen. In F. Hillmann & M. Windzio (Hg.), *Migration und städtischer Raum. Chancen und Risiken der Segregation und Integration* (S. 79-296). Opladen/Farmington Hills: Budrich UniPress.
- Baur, H., Klein, D., Seuring, J., Walcher, G. & Weidner, A. (2010). Fremdenfeindlichkeit im Ost-Westdeutschen Vergleich. Welchen Erklärungsbeitrag leisten Kontakt- und Konflikthypothese? In M. Siegert & I. Kogan (Hg.), *Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten in Europa* (S. 1-34). Bamberg: University of Bamberg Press.
- Billiet, J., Meuleman, B. & de Witte, H. (2014). The relationship between ethnic threat and economic insecurity in times of economic crisis. Analysis of European Social Survey Data. *Migration Studies* 2 (2), 135-161.
- Blalock, H. M. (1967). *Toward a Theory of Minority Group Relations*. New York: Wiley.
- Blalock, H. M. (1982). *Race and Ethnic Relations*. New York: Prentice-Hall.
- Brader, T., Valentino, N. A. & Suhay, E. (2008). What triggers public opposition to immigration? Anxiety, group cues and immigrant threat. *American Journal of Political Science* 73 (4), 664-679.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) (2017). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016). *Interaktive Karte. Politisch motivierte Delikte, bei denen eine Flüchtlingsunterkunft Tatort oder Angriffsziel war (2015)*. Zugriff am 22.12.2019 unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/236020/fluechtlingsunterkuenfte
- Die Tageszeitung (taz) (2017). *Rechte Angriffe auf Flüchtlingsheime. 251 Fälle bis Mitte Dezember*. Die Tageszeitung (taz), 22.12.2017. Zugriff am 11.02.2019 von www.taz.de/!5473026/
- Ditlmann, R., Koopmans, R., Michalowski, I., Rink, A. & Veit, S. (2016). Verfolgung vor Armut. Ausschlaggebend für die Offenheit der Deutschen ist der Fluchtgrund. *WZB-Mitteilungen* 151, 1-27.

- Dovidio, J. & Gaertner, S. (1993). Stereotypes and Evaluative Intergroup Bias. In D. M. Mackie & D. L. Hamilton (Hg.), *Affect, Cognition and Stereotyping. Interactive Processes in Group Perception* (S. 167-193). Burlington: Elsevier Science.
- Dovidio, J., Hewstone, M., Glick, P. & Esses, V. (Hg.) (2010). *The Sage handbook of prejudice, stereotyping and discrimination*. 1. paperback ed. Los Angeles: Sage.
- Ellison, C. G., Shin, H. & Leal, D. L. (2011). The contact hypothesis and attitudes toward Latinos in the United States. *Social Science Quarterly* 92 (4), 938-958.
- Farwick, A. (2009). *Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fetzer, J. S. (2000). *Public attitudes toward immigration in the United States, France and Germany*. New York: Cambridge University Press.
- Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) (2017): *Hamburger Flüchtlingsunterkünfte*. Zugriff am 03.09.2019 von www.hamburg.de/fluechtlingsunterkuenfte/.
- Friedrichs, J., Leßke, F. & Schwarzenberg, V. (2019). *Fremde Nachbarn. Die sozial-räumliche Integration von Flüchtlingen*. Wiesbaden: Springer.
- Geißler, F., Hartmann, J., Kestler, J., Raumer, D. & Schwarzer, B. (2010). Individuelle und kontextuelle Effekte auf die Einstellungen gegenüber Migrant_innen. Ein europäischer Vergleich. In: Manuel Siegert und Irena Kogan (Hg.), *Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten in Europa* (S. 35-87). Bamberg: University of Bamberg Press.
- Grönemann, M. (2018). *Wahrnehmung der Anteile von Flüchtlingen und Ausländern im Wohngebiet*. (Unveröff.) Bachelorarbeit im Fach Soziologie. Köln.
- Hafez, K. & Schmidt, S. (2015). *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Hainmueller, J. & Hopkins, D. J. (2014). Public attitudes toward immigration. *Annual Review of Political Science* 17, 225-249.
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2003). *Deutsche Zustände*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.
- Hewstone, M. (2004). *Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte. Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration*. Berlin: WZB.
- infratest-dimap (2015): *ARD-DeutschlandTrend. November 2015*. Zugriff am 08.03.2016 von www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/november/
- infratest-dimap (2016): *Umfrage zum Thema »Flüchtlinge/Integration« im Auftrag des NDR*. Berlin.
- Jacobsen, J., Eisnecker, P. & Schupp, J. (2017). In 2016, around one-third of people in Germany donated for refugees and ten percent helped out on site – yet concerns are mounting. *DIW Economic Bulletin* 16-17, 165-177.
- Leßke, F., Friedrichs, J. & Schwarzenberg, V. (2018). Die Klassifizierung von Flüchtlingen im sozialen Raum. Eine empirische Analyse relationaler Bezie-

- hungen in der Flüchtlingsmigration. In O. Tewes & G. Gül (Hg.). *Der soziale Raum der postmigrantischen Gesellschaft* (S. 219-241). Weinheim: Juventa Verlag.
- Mansel, J. (2006). Emotionale Verarbeitung der Interaktionen mit Zuwanderern und fremdenfeindliche Einstellungen. *Soziale Probleme, Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle* 17 (1), 90-114.
- Martinović, B. (2013). The Inter-Ethnic Contacts of Immigrants and Natives in the Netherlands. A Two-Sided Perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39 (1), 69-85.
- Martinović, B., van Tubergen, F. & Maas, I. (2009). Dynamics of inter-ethnic Contact. A Panel Study of Immigrants in the Netherlands. *European Sociological Review* 25 (3), 303-318.
- Michaelis, S. (2016). *Wann wird aus räumlicher Nähe Kontakt? Einstellungen von Anwohnern Kölner Flüchtlingsunterkünfte zu Flüchtlingen*. Bachelorarbeit.
- OECD (2016). *Making integration work. Refugees and others in need of protection*. Paris: OECD Publishing.
- Oliver, J. E. & Wong, J. (2003). Intergroup Prejudice in multiethnic settings. *American Journal of Political Science* 47 (4), 567-582.
- Petermann, S. & Schönwälder, K. (2014). Immigration and social interaction. *European societies* 16 (4), 500-521.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology* 90 (5), 751-783.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2010). *When groups meet. The dynamics of intergroup contacts*. New York: Psychology Press.
- Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2011). *When Groups meet: The Dynamics of Intergroup Contact*. New York: Psychology Press.
- Pettigrew, T. F., Wagner, U. & Christ, O. (2010). Population ratios and prejudice. Contact and threat effects. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36, 635-650.
- Quillian, L. (1995). Prejudice as a Response to Perceived Group Threat. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe. *American Sociological Review* 60 (4), 586-611.
- Quillian, L. (1996). Group Threat and Regional Change in Attitudes toward African-Americans. *The American Journal of Sociology* 102 (3), 816-860.
- Rippl, S. & Seipel, C. (2018). Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Post-demokratie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70 (2), 237-254. DOI: 10.1007/s11577-018-0522-1.
- Scheepers, P., Gijsberts, M. & Coenders, M. (2002). Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat. *European Sociological Review* 18 (1), 17-34.

- Schelling, T. C. (1971). Dynamic models of segregation. *Journal of Mathematical Sociology* 1 (2), 143-186.
- Schlüter, E. & Scheepers, P. (2010). The relationship between outgroup size and anti-outgroup attitudes. A theoretical synthesis and empirical test of group threat- and intergroup contact theory. *Social Science Research* 39 (2), 285-295. DOI: 10.1016/j.ssresearch.2009.07.006.
- Schmid, K., Al Ramiah, A. & Hewstone, M. (2014). Neighborhood ethnic diversity and trust: The role of intergroup contact and perceived threat. *Psychological Science* (25), 665-674.
- Schmid, L. E. (2015). *Ethnische Diskriminierung bei der Wohnungssuche. Feldexperimente in sechs deutschen Großstädten*. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaften. Universität Konstanz. Institution für Geisteswissenschaften. Konstanz. Zugriff am 18.01.2017 von https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/31349/Schmid_0-295831.pdf?sequence=3&isAllowed=y,
- Schneider, S. L. (2008). Anti-immigrant attitudes in Europe. Outgroup size and perceived ethnic threat. *European Sociological Review* 24 (1), 53-67.
- Semyonov, M., Rajzman, R., Anat, T. & Schmidt, P. (2004). Population size, perceived threat and exclusion. A multiple indicators analysis of attitudes toward foreigners in Germany. *Social Science Research* 33 (4), 681-701.
- Statista (2019): *Flüchtlinge und Asyl*. Zugriff am 03.09.2019 von <https://de.statista.com/statistik/studie/7048/dokument/asyl-statista-dossier/>
- Stephan, W. G., Ybarra, O. & Morrison, K. R. (2009). Intergroup threat theory. In T. D. Nelson (Hg.): *Handbook of prejudice, stereotyping, and discrimination* (S. 43-59). New York
- Stephan, W. G. & Stephan, C. W. (1985). Intergroup Anxiety. *J Social Issues* 41 (3), 157-175. DOI: 10.1111/j.1540-4560.1985.tb01134.x.
- Stephan, W. G., Ybarra, O. & Bachman, G. (1999). Prejudice Toward Immigrants. *Journal of Applied Social Psychology* 29 (11), 2221-2237. DOI: 10.1111/j.1559-1816.1999.tb00107.x.
- Süddeutsche Zeitung (SZ) (2017). Mehr als 3500 Angriffe auf Flüchtlinge. *Süddeutsche Zeitung* (SZ), 26.02.2017.
- Taylor, M. C. (1998). How White attitudes vary with the racial composition of local populations: numbers count. *American Sociological Review* 63 (4), 512-535.
- Taylor, M. C. (2000). The significance of racial context. In D. O. Sears, J. Sidarus & Lawrence Bobo (Hg.). *Realized Politics* (S. 118-136). Chicago: The University of Chicago Press.
- Vopel, S. & El-Menour, Y. (2015). *Religionsmonitor verstehen was verbindet. Sonderauswertung Islam 2015. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick*. Bertelsmann Stiftung.

Wagner, U., Christ, O. & Kühnel, S. (2003). Diskriminierendes Verhalten. Es beginnt mit Abwertung. In W. Heitmeyer (Hg.). *Deutsche Zustände* (S. 110-122). Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). *Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.